

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Problemaufriss	1
B. Gang der Untersuchung und Forschungsfrage	4
Erster Teil: Die für den Persönlichkeitsschutz im Internet relevanten Schutzgüter des Art. 8 EMRK	7
A. Familienleben	8
B. Wohnung	9
C. Korrespondenz	12
I. Die vom Recht auf Achtung der Korrespondenz erfassten Formen der Kommunikation im Internet.....	13
1. Der Begriff der Korrespondenz	13
2. Korrespondenz im Internet	14
a. Technische Grundlagen	14
b. Rechtliche Einordnung von Kommunikations- vorgängen im Internet	17
II. Vom Empfänger aufbewahrte Nachrichten	19
III. Kommunikationsverkehrsdaten.....	21
D. Privatleben	25
I. Die persönliche Integrität.....	27
1. Die psychische und moralische Integrität	27
2. Die physische Integrität	30
II. Die Privatsphäre	32
1. Allgemeines	32
2. Der „ <i>reasonable expectation of privacy</i> “-Test des EGMR	33
a. Privatsphäre und Individualkommunikation im Internet	34
b. Privatsphäre und sonstige Nutzungsformen des Internets.....	37
3. Grenzen des Schutzes der Privatsphäre im Internet.....	38
4. Exkurs: Ein Recht auf Anonymität nach Art. 8 EMRK?.....	43
5. Zwischenergebnis	45
III. Die persönliche und soziale Identität	46

1.	Das Recht am eigenen Bild	48
2.	Das Recht am eigenen Namen.....	49
3.	Sonstige Identifikationsmerkmale.....	51
IV.	Datenschutz nach Art. 8 EMRK – ein eigenständiges Schutzgut	52
1.	Die von Art. 8 EMRK im Internet geschützten Daten	54
a.	Der Begriff „personenbezogene Daten“	56
aa.	„Personen“-bezogene Daten	56
bb.	Personen-„bezogene“ Daten	60
cc.	Personenbezogene Daten im Internet.....	66
i.	IP-Adressen.....	67
ii.	Verbindungsdaten	70
iii.	Daten über den Inhalt.....	71
b.	Sensible Daten.....	72
c.	Öffentliche und private Informationen.....	74
aa.	Öffentliche Informationen als personenbezogene Daten.....	74
bb.	„Public Information“ als öffentlich zugängliche Information.....	76
cc.	Durch unzulässige Veröffentlichungen zugänglich gewordene Informationen	78
d.	Zwischenergebnis.....	80
2.	Die aus Art. 8 EMRK folgenden Rechte des Datensubjekts	80
a.	Geheimhaltungsansprüche	81
aa.	Das Recht auf Geheimhaltung personenbezogener Daten vor dem Staat	81
bb.	Recht auf Geheimhaltung personenbezogener Daten vor der Öffentlichkeit.....	83
b.	Sonstiger Schutz personenbezogener Daten.....	85
aa.	Der Schutz vor Datensammlungen	88
bb.	Der Schutz vor Verarbeitung und Verwendung personenbezogener Daten durch den Staat	90
cc.	Das Recht auf vertrauliche Behandlung personenbezogener Daten durch staatliche Stellen	92
c.	Kein eigenständiges Recht auf Zugang zu den vom Staat gespeicherten Daten	95

- d. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Art. 8 EMRK..... 96
- e. Das Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme nach Art. 8 EMRK..... 101
- E. Zwischenergebnis 104

Zweiter Teil: Staatliche Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte im Internet..... 107

- A. Staatliches Handeln im Internet 108
 - I. Gewinnung von Informationen 109
 - 1. Zugriff auf im Internet frei verfügbare personenbezogene Daten 110
 - 2. Zugriff auf Informationen während der Datenübertragung..... 111
 - a. Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens 111
 - b. Eingriff in das Recht auf Achtung der Korrespondenz..... 112
 - 3. Zugriff auf Informationen in einem eigengenutzten informationstechnischen System 113
 - a. Eingriff in das Recht auf Achtung der Wohnung..... 115
 - b. Eingriff in das Recht auf Achtung der Korrespondenz..... 116
 - c. Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens 117
 - 4. Erlangung von Informationen von Dritten 118
 - 5. Besonderheiten bei geheimen Überwachungsmaßnahmen 121
 - 6. Zusammenfassung 124
 - II. Aufbewahren und Verwenden von personenbezogenen Daten 125
 - 1. Datensammlung 125
 - 2. Verarbeitung personenbezogener Daten..... 127
 - 3. Weitergabe und Veröffentlichung personenbezogener Daten 128
 - III. Die Verweigerung des Zugangs zu vom Staat gespeicherten Informationen..... 131
- B. Überschreiten der Eingriffsschwelle und fehlende Einwilligung als Voraussetzung für die Qualifikation staatlichen Handelns im Internet als Eingriff..... 131

I.	Das Überschreiten der „Eingriffsschwelle“	132
II.	Fehlendes Einverständnis des Datensubjekts	133

Dritter Teil: Rechtfertigung von Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte im Internet

A.	Rechtfertigung von Eingriffen durch Ermittlung, Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten	138
I.	Gesetzliche Grundlage.....	139
1.	Formelle Anforderungen	140
2.	Anforderungen an den Inhalt des Gesetzes.....	141
a.	Bestimmung der Eingriffsintensität informationstechnischer Eingriffe	143
aa.	Die Art der Daten.....	143
bb.	Intensität des staatlichen Handelns.....	144
cc.	Anzahl der betroffenen Leute sowie deren Status	147
dd.	Das Verhältnis der Kriterien zur Bestimmung der Eingriffsintensität zueinander.....	148
b.	Anforderungen an die Qualität der gesetzlichen Grundlage besonders schwerwiegender informationstechnischer Eingriffe	150
aa.	Erhöhter Schutz vor staatlicher Willkür bei intensiven Eingriffen	151
bb.	Die Bedeutung der Datenschutzkonvention für die Bestimmung der inhaltlichen Anforderungen an die Qualität der gesetzlichen Grundlage	152
cc.	Die gesetzliche Grundlage als Prüfgegenstand des EGMR	154
II.	Legitimes Ziel	156
III.	Notwendig in einer demokratischen Gesellschaft.....	157
1.	Der Gegenstand der Verhältnismäßigkeitsprüfung	158
a.	Bestimmung der Eingriffsintensität.....	159
b.	Schutzmaßnahmen im nationalen Recht	159
aa.	Datenschutzrechtliche Grundsätze nach der Datenschutzkonvention.....	160
bb.	Die Datenschutzrechtlichen Grundsätze in der Rechtsprechung des EGMR.....	161

c.	Konkretisierung und Gewichtung des öffentlichen Interesses	164
2.	Die Kontrolldichte des EGMR im Bereich des Datenschutzes	167
a.	Das Subsidiaritätsprinzip	169
b.	Die Bedeutung des betroffenen Rechts	170
c.	Der gemeinsame europäische Standard	173
aa.	Völkerrecht	174
i.	Die Datenschutzkonvention	174
ii.	Die Empfehlungen des Ministerkomitees des Europarats	175
bb.	Die nationalen Rechtsordnungen	176
d.	Exkurs: Der Einfluss des Unionsrecht auf die Kontrolldichte des EGMR	178
aa.	Das Unionsrecht als gemeinsamer europäischer Standard bei der Prüfung nationaler Maßnahmen zur Umsetzung von Unionsrecht	180
bb.	Das Unionsrecht als gemeinsamer europäischer Standard und rein nationale Maßnahmen	181
e.	Zwischenergebnis	182
3.	Fazit	183
B.	Rechtfertigung der Weitergabe und Veröffentlichung von personenbezogenen Daten	184
I.	Gesetzliche Grundlage	185
II.	Legitimes Ziel	188
III.	Notwendig in einer demokratischen Gesellschaft	188
1.	Gegenstand der Verhältnismäßigkeitsprüfung	189
2.	Kontrolldichte	192
C.	Zwischenergebnis	193
 Vierter Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerung		197
 Summary		201
 Literaturverzeichnis		203
 Sachregister		219